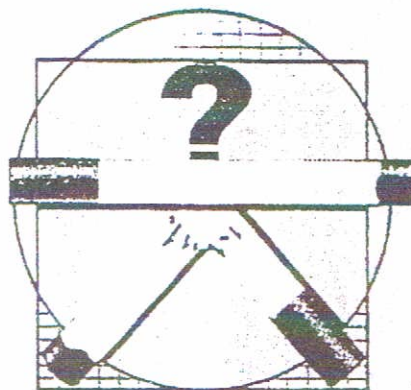


FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

Fachbereich Humanmedizin

Universitätsklinikum Benjamin Franklin

An alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter



09. September 1997

Rauchfreies Klinikum

moderne Kliniken übernehmen heute nicht nur die Aufgabe, Krankheiten zu heilen, sie erkennen auch zunehmend ihre Vorbildfunktion in der Gesundheitserziehung. Es ist daher ein Anachronismus, wenn in Krankenhäusern eine generelle Raucherlaubnis besteht.

Aus diesem Grund hat der Klinikumsvorstand beschlossen, das Klinikum und darüber hinaus den gesamten Fachbereich Humanmedizin zur „rauchfreien Zone“ zu erklären. Zur Umsetzung dieses Ziels wurde die Arbeitsgruppe „No smoking“ gebildet. Die AG hat zunächst einen Aktionsplan zur klaren Einschränkung des Rauchens erstellt, der fünf Teilschritte beinhaltet, deren Durchführung zum 15. November angestrebt wird.

Aktionsplan zur Umsetzung der ersten Stufe des Rauchverbots im Universitätsklinikum Benjamin Franklin/ Fachbereich Humanmedizin

1. Rauchverbot auf allen öffentlichen/offenen Flächen wie in Eingangshallen, Wartebereichen, Gängen, Treppenhäusern, Fahrstühlen, Telefonzellen und Toiletten.
2. Im Stationsbereich besteht generelles Rauchverbot. Alle Stationen müssen zur Ausstattung mit je einem Raucher- und einem Nichtraucherzimmer als Patientenaufenthaltsräume zurückgeführt werden. Das Personal kann nur in den dafür angebotenen Patientenaufenthaltsräumen rauchen.
3. Die Mensen sind ebenfalls in eine rauchfreie Zone (Mensa II) und in eine Raucherzone (Mensa I) einzuteilen.
4. Patienten und Mitarbeiter sind durch eine Umfrage in die Aktion einzubeziehen, bevor ein generelles Rauchverbot ausgesprochen wird.
5. Parallel wird ein Angebot von Raucherentwöhnungskursen als gesundheitsfördernde Maßnahme ausgearbeitet.

Die Umsetzung dieser Schritte ist bereits im vollen Gange, sie arbeiten bewußt noch nicht auf ein absolutes Rauchverbot hin. Wir wissen, daß dieses Ziel für viele eine große Umstellung bedeutet. Und wir sind uns darüber im klaren, daß eine solche Aktion nur Erfolg haben kann, wenn sie von einer breiten Zustimmung getragen wird. Wir werden Sie daher in den nächsten Wochen bitten, uns Ihre Meinung zum Rauchverbot im Universitätsklinikum Benjamin Franklin im Rahmen einer Umfrage mitzuteilen. Über den Fortgang der Aktion Rauchfreies Klinikum unterrichten wir Sie fortlaufend weiter.

Hoel *Francois L.* *Polok* *F. Wlodyga*

Prof. Dr. M. H. Foerster
Ärztlicher Direktor

H. Francois-Kettner
Pflegedirektorin

D. Polok
Personalrat

F. Wlodyga
AG No smoking

Projekt „Nichtraucherzone Deutsches Herzzentrum Berlin 2000“

Nach Schätzungen der WHO gibt es auf der Erde gegenwärtig ungefähr 1,1 Milliarden Raucher - allein in Deutschland versterben jedes Jahr über 100 000 Menschen an den direkten Folgen des Tabakkonsums. Das sind ungefähr so viele Tote, als ob jeden Tag ein mit 274 Passagieren besetztes Flugzeug in Deutschland abstürzen würde und es keine Überlebenden gäbe! Das Rauchen ist weltweit schon heute die größte vermeidbare Krankheitsursache überhaupt. In höchstem Maß erschreckend ist, dass nach neuesten Erkenntnissen das Einstiegsalter zum regelmäßigen Tabakkonsum bei ungefähr 12 Jahren (!) liegt, und bei den Jugendlichen in den letzten Jahren auch deutlich zugenommen hat.

Es gibt deutliche Hinweise, dass ein Rauchverbot am Arbeitsplatz in vielerlei Hinsicht eine Präventivmassnahme darstellen kann. So wurden nach Aussprechen diesbezüglicher Verbote in Betrieben bei Rauchern um bis zu 84 Prozent höhere Aufhörquoten verzeichnet. Auch eine Vorbildfunktion des medizinischen Personals gegenüber den Patienten wird immer wieder ins Feld geführt, ganz zu schweigen von den extrem schädlichen Folgen des Passivrauchens. Diese und andere Fakten fordern konsequente gesundheitspolitische Schritte zur Eindämmung des Tabakkonsums geradezu heraus. Das Deutsche Herzzentrum Berlin (DHZB) als eines der größten Herzzentren Europas ist unseres Erachtens geradezu prädestiniert, hier ein Zeichen aus medizinischer wie auch aus ökonomischer Sicht zu setzen.

Zum Weltnichtrauchertag 1999 forderte die WHO (die dem unter Ziffer F 17.2 in der internationalen Klassifizierung der Krankheiten eingeordneten „Tabak-Abhängigkeitssyndrom“ schon seit längerem ihre Aufmerksamkeit geschenkt hat) durch Ihre Generaldirektorin Frau Gro Brundland „öffentliches Bewusstsein und Interesse zu schaffen, Aktionen zu planen, die Medien zu involvieren und bei den nationalen Gesundheitsorganisationen und Organen intensive Lobbyarbeit zu betreiben“.

Nach Einreichen des Projektvorschlages (31.5.99) und der Genehmigung durch den geschäftsführenden Vorstand des DHZB (27.7.99) wurde im September vergangenen Jahres mit der konkreten Umsetzung des Projektes begonnen. Diese erfolgte mittels stufenweisem Herangehen, in Anlehnung an ein durch die WHO vorgeschlagenes Sechspunkte-Programm. Gleichzeitig wurde das DHZB offizielles Partnerschafts Krankenhaus des WHO-Partnerschaftsprojektes „Tabakabhängigkeit“, das in Deutschland von der „Koalition gegen das Rauchen“ in Bonn durchgeführt und vom Bundesministerium für Gesundheit gefördert wird.

Die Einführung des Rauchverbotes erfolgte zum 1.02.00, im Rahmen einer von der WHO zur Verfügung gestellten Wanderausstellung zum Tabakmissbrauch. Flankiert wird das Projekt durch eine Betriebsvereinbarung, die innerhalb einer sehr kurzen Zeitspanne in äußerst konstruktiver Arbeit zwischen Verwaltungsdirektor und Betriebsrat abgeschlossen wurde. (Beiden gilt an dieser Stelle unser herzlicher Dank, wie auch allen anderen Unterstützern des Projektes!). Neu und bisher einmalig für eine Betriebsvereinbarung in einem deutschen Krankenhaus ist das konsequente ausnahmslose Rauchverbot innerhalb aller Räumlichkeiten der Klinik - kombiniert mit einem gleichzeitigen kostenlosen Entwöhnungsangebot für alle Mitarbeiter/innen. Konkret bedeutet dies: Wer rauchen möchte, muss vor hierzu an speziell eingerichtete Raucherplätze vor die Türe gehen. Als kostenlose Entwöhnungsmöglichkeiten angeboten werden Akupunktur, psychologisch betreute Gesprächsrunden und die Nikotinersatztherapie. Finanziert wird das Projekt in dieser ersten Phase aus Eigeninitiativen der Mitarbeiter, Spendenmitteln des DHZB und Bereitstellung von Nikotinersatzpräparaten durch die Industrie (Pharmacia & Upjohn).

Bisher haben etliche Mitarbeiter das Angebot in Anspruch genommen, wir behalten es aber bewusst bis Ende diesen Jahres aufrecht. Mit einer wissenschaftlichen Auswertung der begleitenden „klinischen Untersuchung“ über das Rauchverhalten und einem Zugänglich machen für die Öffentlichkeit ist Ende des Jahres zu rechnen. In Zukunft wird das DHZB mit weiteren Aktionen zum Thema Rauchen aufwarten, wie z.B. der Fertigstellung eines projektbezogenen Dokumentarfilms, Fotowettbewerben, Verlosungen, weiteren Ausstellungen und Pressekonferenzen, dem mittelfristigen Angebot der Entwöhnungsmöglichkeiten auch an die Patienten, der Präsentation als „Rauchfreies Krankenhaus“ auf nationalen sowie internationalen Veranstaltungen, und nicht zuletzt auch der Mitbegründung des neuen Forums „Rauchfrei in Berlin“.

Leider tun sich deutsche Politiker im Vergleich zu ihren europäischen Kollegen bisher außerordentlich schwer mit entsprechenden Nichtraucherschutzgesetzen. In diesen Tagen wird von der interfraktionellen Nichtraucherschutzinitiative im Deutschen Bundestag ein längst überfälliger Änderungsvorschlag zum Jugendschutzgesetz vorgelegt (Stichwort: öffentliche Abgabe von Tabakwaren an Kinder und Jugendliche unter sechzehn Jahren an Zigarettenautomaten). Das DHZB hat hierzu seit dem 1.2.2000 eindeutig Stellung bezogen – tun Sie es bitte auch!

*Dr. Andreas Mappes,
Christoph Tettenborn
Deutsches Herzzentrum Berlin*